



Unsicherheit schadet dem Forschungsstandort Großbritannien schon vor einem Brexit

Wie eine am 16.10.2019 von der Royal Society, der nationalen Akademie der Wissenschaften des Vereinigten Königreiches, veröffentlichte Darstellung belegt, hat sich bereits die Entscheidung zum Austritt aus der Europäischen Union für den Forschungsstandort Großbritannien nachteilig ausgewirkt. Der Anteil der Fördermittel, die von Forscherinnen und Forschern, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Vereinigten Königreich aus dem laufenden Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der Europäischen Union, „Horizont 2020“, abgerufen worden sind, ist dem zufolge seit 2015 jährlich etwa um ein Drittel gesunken. Für die Jahre von 2016 bis 2018 entspricht dies einem Rückgang der europäischen Forschungsförderung für Großbritannien um ca. eine halbe Mrd. Euro. Zugleich ist auch die Zahl der Förderanträge aus dem Vereinigten Königreich in diesem Zeitraum um fast 40% zurückgegangen. Als Indiz für einen fortschreitenden Verlust der Attraktivität des Forschungsstandortes Großbritannien deutet die Royal Society auch den Umstand, dass die Zahl der internationalen Spitzenforscherinnen und -forscher, deren Tätigkeit an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Großbritannien von der Europäischen Union im Rahmen des Marie-Sklodowska-Curie-Programms gefördert wird, in den Jahren von 2016 bis 2018 ebenfalls um fast 35% gesunken ist. Darüber hinaus sind vergleichbare Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht erkennbar.

Ursächlich für diese Entwicklung ist nach Auffassung der Royal Society nicht zuletzt die mangelnde Planungssicherheit für Forscherinnen und Forscher, ungeachtet der verschiedenen Finanzierungszusagen, die im Laufe des Jahres von der britischen Regierung sowie von der Europäischen Union für Forscherinnen und Forscher, Studierende sowie Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen für den Fall des unregelmäßigen Ausscheidens Großbritanniens aus der Europäischen Union gemacht worden sind (vgl. die betreffenden Beiträge in den Wochenberichten Nr. 04-2019 vom 04.02.2019, Nr. 07-2019 vom 25. 02.2019 und Nr. 20-2019 vom 03.06.2019). Verschärft wird diese Situation durch den Umstand, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich in den bisherigen Verhandlungen zur Ausgestaltung des künftigen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation, „Horizont Europa“, auch noch nicht auf Regelungen zur Assoziierung von Drittstaaten (wie dem Vereinigten Königreich nach einem Ausscheiden aus der Europäischen Union) verständigt haben.

Zu den absehbaren negativen Auswirkungen eines unregelmäßigen Ausscheidens Großbritanniens aus der Europäischen Union auf die europäische Forschungslandschaft insgesamt haben sich in der Vergangenheit bereits zahlreiche internationale Interessenverbände aus Wissenschaft und Forschung geäußert (SC).

<https://royalsociety.org/-/media/news/2019/brexit-uk-science-impact.pdf?la=en-GB&hash=BE140E62C37560A6A7523B7134949F11>